

## Ziel ist die Vermeidung von Steuern

Trusts verdecken vieles

**Bern.** Finanzkonstrukte in Steueroasen sind nicht illegal. Es ist auch erlaubt, Geld auf den Caymans oder den Virgin Islands zu parken. Sinn ergeben Transaktionen in exotische Bankplätze laut einem Finanzplatzexperten aber nur dann, wenn man etwas zu verbergen hat. Dabei kann es um Geldwäscherei oder um Terrorfinanzierung gehen. Auch internationale Konzerne scheuen oft keine Mühe, mit verzweigten Finanzkonstrukten ihre Steuerlast zu minimieren. Die Enthüllungen um Offshore-Leaks betreffen aber vorwiegend Privatpersonen, die ihr Geld am Fiskus vorbeigeschleust haben.

Ein festes Schema für Steuertricks gibt es nicht. Sie funktionieren nicht zuletzt deshalb, weil die Finanzjongleure der jeweiligen Jurisdiktion immer einen Schritt voraus sind. Jedoch gebe es bekannte Elemente, die sich wiederholen, sagt Finanzplatzexperte Andreas Missbach von der Nicht-Regierungsorganisation Erklärung von Bern im Gespräch mit der Nachrichtenagentur SDA. Nach seinen Angaben ist es das Ziel solcher Operationen, die wirtschaftlich berechnete und damit steuerpflichtige Person zu verschleiern. Kann ein Vermögen keiner bestimmten Person zugeordnet werden, können darauf auch keine Steuern erhoben werden.

### In der Schweiz nicht erlaubt

Das wichtigste Vehikel dafür ist laut Missbach der in der Schweiz nicht erlaubte Trust. Dabei handelt es sich wie bei der Schweizer Stiftung um ein rechtlich selbstständiges Vermögen, je nach Gesetzgebung aber ohne Aufsicht. Wer Vermögen hat und Steuern sparen will, lässt nun typischerweise eine Schweizer Bank, einen Anwalt oder eben Finanzdienstleister wie Portcullis Trustnet oder Commonwealth Trust Limited einen Trust in einem Offshore-Finanzplatz gründen.

Auf den Virgin Islands oder den Bahamas beginnt mit der Gründung die Existenz eines rechtlich selbstständigen Vermögens. Von wem das Vermögen stammt, muss den lokalen Behörden in der Regel nicht gemeldet werden. Im Trust vollzieht sich damit die Trennung von wirtschaftlich berechtigter und begünstigter Person, wie Missbach erklärt. Dabei handelt es sich – entgegen der rechtlichen Konstruktion – in der Praxis aber oft um das gleiche Individuum.

Gesichert werden solche Konstruktionen, indem schon bei der Gründung Firmen vorgeschoben, mehrere Trust hintereinandergeschaltet oder Länder als Sitz gewählt werden, die keine Amts- oder Rechtshilfe leisten. «Wenn man dann noch fünf verschiedene Jurisdiktionen hat, ist es für die Steuerbehörden schlicht nicht mehr möglich, das Geld zurückzuverfolgen», sagt Missbach. Am Ende der Konstruktion steht beispielsweise die Kreditkarte einer Firma in Panama, über die das un versteuerte Geld wieder bezogen werden kann. SDA

# «Singapur war nicht auf dem Radar»

Wirtschaftsrechtler Peter V. Kunz über «Offshore-Leaks» und den Finanzplatzwettbewerb

Von Dieter Bachmann

**BaZ:** Herr Kunz, wie ist die ganze Offshore-Leak-Affäre zu werten? Dass es ausgeklügelte Steuerpraktiken und Steueroasen gibt, ist ja nichts Neues.



**Peter V. Kunz:** Dass es im karibischen und asiatischen Raum Vehikel gibt, die seit Jahrzehnten für Steuerhinterziehung genutzt werden, ist vermutlich eines der offensten Geheimnisse überhaupt in der Finanzbranche. Inhaltlich gibt es tatsächlich kaum Neues.

**Warum also die Aufregung? Handelt es sich nur um einen Medienhype?**

Besonders spannend und neu ist sicher die Dimension. Denn diese enorme Datenmenge stammt ja offenbar nur gerade von zwei involvierten Unternehmen. Zum heutigen Zeitpunkt gibt es aber sicher noch viele Unklarheiten und es wird sich dann in den nächsten Wochen und Monaten weisen, wie viel Fleisch effektiv am Knochen ist.

**Was erwarten Sie?**

Allein der Umstand, dass solche Konstrukte bestehen, ist an sich juristisch gesehen noch kein Problem. Viele Journalisten vereinfachen sich die Sache etwas zu sehr, indem sie diese ausländischen Firmen automatisch mit Steuerdelikten gleichsetzen. Dem ist nicht so. Steueroptimierung als solche ist nicht illegal. Massgeblich ist, ob diese Konstrukte im Heimatland des Steuerpflichtigen deklariert sind. In den meisten Ländern ist Steuerhinterziehung ein Delikt, es gibt aber auch Länder, in denen schon nur der Export von Kapital verboten ist. Darum muss man jeden Einzelfall genau ansehen.

**Die Schweiz kommt in dieser Geschichte nicht sehr prominent vor: Ist das Zufall oder ein Zeichen für die geringe Bedeutung des Landes in diesen Praktiken?**

Ich glaube, das ist nicht zufällig. Die Offshore-Leak-Affäre ist für die Schweiz und den Schweizer Finanzplatz positiv. Die Daten sind ja offenbar bis zu 20 Jahre alt. Dass die Schweiz hier nur am Rand vorkommt, dürfte damit zu tun haben, dass wir schon lange vor anderen klassischen Steueroasen – auf internationalen Druck hin – aufgeräumt haben, zum Beispiel im Bereich Geldwäscherei. Das ist ein Thema, das etwa im karibischen Raum heute noch kaum geregelt ist. Diese Staaten sind nicht annähernd auf dem Standard, den die Schweiz seit Jahren einhält.

**Sie vermuten also, dass darum Gelder aus illegalen Aktivitäten gar nicht erst in die Schweiz gekommen sind?**

Absolut. Wenn etwa ein Drogenhändler aus Miami Geld verstecken oder «waschen» will, bringt er das nicht in die Schweiz. Das ist viel zu gefährlich



Ärger am Horizont. Die OECD sollte sich mehr um Singapur kümmern als um die Schweiz, findet Peter V. Kunz. Foto Keystone

für ihn. Er wird wohl eher in die Karibik reisen.

**Singapur hat bisher immer betont, der Finanzplatz sei sauber. Kann man das nach den zahlreichen im Rahmen von Offshore-Leaks publizierten Fällen noch glauben?**

Singapur hatte zuletzt ein gutes Image. Nun zeigt sich aber, dass der Standort ähnliche Probleme hat wie der karibische Raum. Darum wäre es nötig, dass sich die OECD stärker um Singapur kümmert als um die Schweiz. Aber man muss sich bewusst sein, dass das Image der Schweiz als angebliche Steueroase Jahrzehnte alt ist. Darum waren Finanzplätze wie Singapur lange nicht auf dem Radar von Behörden und Organisationen – zu Unrecht, wie sich jetzt zeigt.

**Wird die Weissgeldstrategie an diesem Image etwas ändern?**

Um die Weissgeldstrategie kommen wir nicht herum, da ist der internationale Druck zu gross. Nur weil jetzt ein paar andere Länder vielleicht etwas stärker in den Fokus rücken, können wir nun nicht auf halben Weg aufhören. Es gibt aber Bereiche, in denen mir die diskutierten Massnahmen zu weit gehen.

**Zum Beispiel?**

Es ist zwar nicht direkt ein Problem im Kontext Bankkunden, aber dennoch zentral: Dass Inhaberaktien meldepflichtig oder gar verboten werden sollen, wie das etwa die Financial Action Task Force (FATF) fordert, das

geht mir zu weit und ist lebensfremd. Geldwäscherei und Verstecken von Vermögen: Das macht man nicht mit Inhaberaktien von Schweizer Firmen. Da wird das Kind mit dem Bade ausgeschüttet.

**Was kann man mit der Fülle an Material von Offshore-Leaks nun eigentlich anfangen?**

Das ist ein Punkt, der mich bei der Sache gestört hat: Weil die Daten nicht offengelegt sind, ist dies momentan schwierig zu sagen. Ich bin überzeugt: Ein grosser Teil der Unterlagen wird nichts Illegales aufdecken. Aber es wird zahlreiche Verfahren und Prozesse geben. Man hat das ja im Fall Gunter Sachs gesehen, als die Berner Finanzdirektion kurz nach der Publikation gesagt hat, man schaue sich das Dossier noch einmal an. Das werden aber wohl nicht die einzigen Verfahren sein, die eingeleitet werden.

**Welche Verfahren erwarten Sie denn sonst noch?**

Ich wäre nicht überrascht, wenn auch Journalisten ins Kreuzfeuer geraten würden. Denn wenn ein Name von jemandem publiziert wird, der nichts Illegales gemacht hat, könnte das rufschädigend sein. Die Journalisten sind also sehr gut beraten, vor einer Veröffentlichung der Daten genaueste Abklärungen zu treffen oder die Unterlagen direkt den Behörden zu übergeben, damit diese dann aktiv werden können.

**Rücken nun auch die Anwaltskanzleien in den Fokus?**

Ich komme ja aus diesem Geschäft, war selber lange Wirtschaftsanwalt in Zürich und kenne die Thematik. Die wenigsten Anwälte sind so dumm, sich strafbar zu machen. Darum glaube ich nicht, dass umfassender Handlungsbedarf besteht. Zudem sind jene Anwälte, die im Bereich Vermögensverwaltung und -beratung aktiv sind, auch der Selbstregulierungsorganisation betreffend Geldwäscherei angeschlossen.

**Auffällig ist, dass die US-Steueroasen wie Delaware oder Florida kaum vorkommen bei Offshore-Leaks.**

Es gibt eben mit der USA aber auch Grossbritannien auch «seriöse» Staaten, die in ihrem Inland mit derselben Problematik kämpfen wie die üblichen Verdächtigen unter den Finanzplätzen. Bisher hat die OECD aber eher die kleineren Fische angepackt, was leichter fällt. Und die aktuelle Affäre legt ja auch erneut nahe, dass man eher die Karibik als die britischen Kanalinseln oder Delaware unter die Lupe nimmt.

**Aber Sie würden nicht so weit gehen, dass die grossen Länder die Affäre ins Rollen gebracht haben, um von den eigenen Problemen abzulenken?**

Nein, weder die USA noch Grossbritannien hätten so eine Aktion nötig. Die Länder sind gegenüber der OECD viel zu stark. Die OECD geht lieber gegen die «Kleinen» los.

Peter V. Kunz spricht heute um 11.30 Uhr in der «Samstagsrundschau» von Radio SRF 1 zum Thema Offshore-Leaks.

## Der Ärger mit den Überseegebieten

In Grossbritannien machte die Zeitung «Guardian» Schluss mit der Anonymität

Von Jochen Wittmann, London

Der britische Premier David Cameron gerät unter Druck, gegen Steueroasen in britischen Überseegebieten vorzugehen. Lord Oakeshott, ein ehemaliger finanzpolitischer Sprecher der Liberaldemokraten, erklärte, dass die Praxis von geheimen Briefkastenfirmen auf den britischen Virgin Islands «das Gesicht Grossbritanniens befleckt». Es gehe nicht an, dass man «den Virgin Islands erlaubt, britisches Recht und britischen Schutz zu nutzen, um schmutziges Geld anzuziehen».

Anlass für die Attacke des liberaldemokratischen Koalitionspartners war eine Enthüllung vom Donnerstag. In einer konzertierten Aktion hatten weltweit ausgewählte Medien die Namen derjenigen publiziert, die ihr Vermögen am Finanzamt vorbei in Steueroasen verstecken. Der linksliberale «Guardian» gehört zum Pool der Nachrichtenorganisationen, die unter der Federfüh-

rung des International Consortium of Investigative Journalists (ICJ) eine 15-monatige Mammutrecherche betrieben haben. Der «Guardian» hat sich schon immer als Speerspitze des investigativen Journalismus verstanden. Er war die einzige Zeitung in Grossbritannien, mit der Wikileaks-Chef Julian Assange zusammenarbeiten wollte und die 2010 die geheimen Telegramme und Depeschen der US-Regierung veröffentlichte. Im letzten Jahr enthüllte das Blatt, ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem ICJ, wie mithilfe von Steueroasen und Decknamen russische Oligarchen und britische Glücksritter Steuern hinterzogen haben.

Auch damals handelte es sich, wie bei den jetzigen Enthüllungen, bei der Steueroase hauptsächlich um die Virgin Islands, eine ehemalige Kolonie und heute ein britisches Überseegebiet in der Karibik. Seit 1980 vermarktet sich das innen- und wirtschaftspolitisch autonome Land als Offshore-Finanzplatz,

soll heissen: Geldanleger und Unternehmer bleiben anonym, Steuern sind minimal. Mehr als eine Million Offshore-Gesellschaften sollen als Briefkastenfirmen auf den Jungferninseln registriert sein, und nicht einmal die Behörden des Mikrostaats kennen die wahre Identität von Besitzern oder Investoren. Neben den britischen Virgin Islands tauchen in den Unterlagen auch Details aus neun weiteren Steueroasen wie etwa die Cook- oder die Cayman-Inseln sowie Singapur auf.

### Grosser Reformbedarf

Das Datenleck macht Schluss mit der Anonymität. Rund 260 Gigabyte an Informationen, brüstet sich der «Guardian», habe man sammeln können, das Äquivalent «von einer halben Million Büchern». Der «Guardian» nannte nun die Namen von Steuerflüchtlingen und dürfte damit einer Reihe von gutbetuchten Zeitgenossen auf die Zehen treten. Ilham Aliyev zum Beispiel, dem

Präsidenten von Aserbaidschan, der 2008 auf den britischen Jungferninseln im Namen seiner Töchter Arzu and Leyla drei Gesellschaften gegründet haben soll. Oder Bayartsogt Sangajav, dem mongolischen Politiker, der ein geheimes Konto in der Schweiz unterhielt. «Das hätte ich besser angeben sollen», zitiert ihn der «Guardian», «jetzt muss ich wohl über meinen Rücktritt nachdenken.» Aus China, Hongkong, Russland und Ex-Sowjetrepubliken kommen die meisten der Offshore-Besitzer.

Grossbritannien hat, was Steuerparadiese angeht, Reformbedarf. Denn viele Steueroasen, nicht nur die Kanal-, sondern auch ein halbes Dutzend Karibikinseln sind von Grossbritannien abhängige Überseegebiete oder Kronkolonien. In der City von London arbeiten Heerscharen von Anwälten, Finanzberatern, Steuerexperten und Trustverwaltern in der lukrativen Industrie der «Steuervermeidung», wie der bevorzugte Ausdruck für die Kapitalanlage in

Offshore-Zentren lautet. Zudem haben die meisten britischen Banken Filialen in Offshore-Häfen, was zur absurden Situation führt, dass der Staat, nachdem er Mehrheitsaktionär bei einer Reihe von in Not geratenen Banken wurde, selbst Steuerflüchtlingen hilft und an ihnen verdient (wenn auch viel weniger als durch die direkte Besteuerung).

Erste Reformschritte geschahen bei Steuerparadiesen wie der Kanalinsel Jersey, die nicht nur die EU-Richtlinie zur Zinsbesteuerung umsetzte, sondern auch mit Deutschland ein Tax Information Exchange Agreement, also ein Informationsabkommen in Steuersachen, abgeschlossen hat. Für Aktivisten wie Robert Palmer von der Organisation Global Witness ist das zu wenig: «Die Zeit, mit diesen Steuerparadiesen aufzuräumen, ist gekommen. Dieses massive Datenleck demonstriert, wie der Besitz geheimer Briefkastenfirmen Korruption, Steuerhinterziehung und andere Verbrechen ermöglicht.»